

# Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

**Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

**SPD-Fraktion**

**Gruppe DIE LINKE**

**Bicici, Cevat**

**Tuncer, Hasan**

**Nr.: A 17/0149-01**

Status: öffentlich

Datum: 16.02.2017

**Abschiebungen nach Afghanistan**

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe DIE LINKE sowie der Stadtverordneten Cevat Bicici und Hasan Tuncer für die Sitzung des Rates am 16.02.2017**

**Beratungsfolge**

Status	Gremium
Ö	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr appelliert an die Landesregierung NRW, den Erlass vom 13.07.2005 strikt einzuhalten.
2. Vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage in Afghanistan fordert der Rat der Stadt die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02.10.2016 einzusetzen. Der Rat fordert die Landesregierung auf, sich bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dafür einzusetzen, die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan bei allen Entscheidungen über Anträge von Personen aus Afghanistan zu berücksichtigen.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Beschlussfassungen unter Punkt 1. und 2. der Landesregierung schriftlich zu übermitteln.
4. Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerber\*innen aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleibereichtersperspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung.
5. Die Ausländerbehörde soll alle Betroffenen aktiv darauf hinweisen, dass sie externe Beratung in Anspruch nehmen können, um mit einem Folgeantrag eine Verlängerung ihrer

Duldung zu erreichen.

**Sachverhalt:**

Nach dem zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Abschiebeabkommen sollen Rückführungen nach Afghanistan in größerem Maße als bisher ermöglicht werden. Laut den Anmerkungen des UNHCR auf eine Anfrage des Bundesministeriums des Innern aus Dezember 2016 hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan innerhalb eines halben Jahres von April bis Dezember 2016 erheblich verschlechtert. In Afghanistan ist die Sicherheit der Zivilbevölkerung und rückkehrender Flüchtlinge nicht gewährleistet.

gez. Dieter Wiechering    gez. Tim Giesbert    gez. Andreas Marquardt  
Fraktionsvorsitzender    Fraktionssprecher    Gruppensprecher

gez. Cevat Bicici    gez. Hasan Tuncer  
Stadtverordneter    Stadtverordneter

**Anlagen:**